

# Wochenblatt

**Organ der Sozialdemokratischen Partei**  
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.  
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter“  
jeden Werktag nachmittags.

**Verlag und Expedition:**  
Halle a. S., Große Ulrichstraße 37  
Fernsprecher 5407  
Königsplatz Leipzig Nr. 87573.

**Redaktion:**  
Halle a. S., Gr. Braunsstraße 17  
Fernsprecher 6802  
Sprechstunde täglich von 12-1/2 Uhr.

Nr. 170 Halle, Montag, den 2. August 1920 4. Jahrgang

## Reserve hat Ruh.

In den Nachmittagsstunden des 30. Juli hat der Reichstag der deutschen Wehrmacht den Todesbescheid ausgesprochen. Gestorben ist sie bereits auf den französischen Schlachtfeldern, nach der Katastrophe und dem Zusammenbruch an der Westfront, als der Oberste Kriegsherr nach Holland und sein greiser Vordenker bei Nacht und Nebel nach Schweden ausrückte. In jenen Tagen nahm die allgemeine Dienstpflicht ihren Abschied. Vier Jahre lang hatte zuletzt die gesamte männliche Bevölkerung vom 18.-50. Lebensjahre der allgemeinen Wehrpflicht genügt. Vier Kriegsjahre, die zwei Millionen der besten deutschen Männer ins Waffengrab warfen, Hunderttausenden durch Hunger und Seuche in schrecklichen Ende bereiteten und wiederum Hunderttausende zu Krüppeln geschlagen haben. Das alles hätte dem in kapitalistischen Staaten gefunden und demokratischen Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht nichts geschadet, wenn diese neuezeitliche Einrichtung nicht demokratisiert und bis zum Schluss mitkreditiert worden wäre durch einen sparsamsten Militarismus, der den Krieg verloren, die Front erobert, das Reich in Trümmern und einen Frieden von West-Vitomsk auf dem Gewissen hat, dem Verfall auf dem Fuße gefolgt ist und folgen mußte.

Als die freiwilligen Bauernarmeen der jungen französischen Republik ihr Land gegen das reaktionäre Europa und gegen die eigenen verärrterischen Monarchien freigelegt behaupteten und später der Konful Bonaparte, der nachmalige Kaiser Napoleon, mit seinem auf neuer Grundlage aufgebautem Heere sogar die auf ihren Vorberühmungen ausruhenden Soldatenheere Friedrichs II. wie Zunder auseinandertrieb, war es Schamgefühl, der die neue Zeit erkannte. Die allgemeine Wehrpflicht, die er einführt und die ein Volksgesetz sein, dessen Musketiere und Grenadiere vom eigenen Ader zu den Föhnen stiegen, die wußten, wofür sie zu kämpfen galt, sie hatten den Glauben, selbst einen Napoleon zu schlagen, dessen Heere zuletzt aus allen Ländern zusammengewürfelt waren und denen der gewaltige Antriebe der Vaterlandsvorbereitung fehlte. Es waren nicht mehr die Bataillone von Mainz und Marengo, denen die Maratallische siegreich vorausdrante. Diese Etappe republikanischer Siege und kaiserlicher Niederlagen haben wir von 1914-1918 wiederum verfolgen können, und wenn nach der zweiten Marschschlacht die deutschen Truppen zusammengebrochen sind, wenn sich die Wehrer in der Heimat und hinter der Front ängstlich aufgestellt haben, so lag das nicht allein an dem Mangel an Brot, Fleisch und Tanks, West-Vitomsk hatte dem letzten deutschen Soldaten das Bewußtsein der Vaterlandsvorbereitung genommen. Sie für fürstlichen Granatplitzer in die Gebirge jagen zu lassen, dazu hatte weder ein Deutscher noch ein Gelehrter Lust noch Borne.

Auch ohne den Zuanz der Entente wäre diesmal unsere Partei, wenn es nicht schon die Revolution bedroht hätte, für das Ende der Wehrpflicht eingetreten, die schon im Frieden gegen die Demokratie entbehrte. Aus einem Volksherr hatte der preussische Militarismus eine zwei- bis dreißigjährige Drill- und Brunnstall gemacht, die den arbeitenden Klassen bis zum Hals verhaftet war. Nach einem Wort von dem Mann und die Wehrpflichten sind die Remotoren der bürgerlichen Freiheit gemein und der Herrschenden der Totengräber. Mit dem Zivilisations ging als Postpaket aus der Kaiserzeit, was an Menschenrecht und Menschenwürde geliebt. Aus kommenden Vaterlandsvortelbigen wurden Paraderuppen dressiert, und ein strammer Griff war in den Augen der Hauptleute tausendmal mehr wert, als alle Kritik und Philosophie eines Goethe oder Kant und als alle technischen und physikalischen Erfindungen. In Argument der herrschenden Klassen, in den Händen des Kaisers und seiner Generale war der ganze Zweck der Armee. Der gemeine Mann galt als „Aerl oder Schweinehund“, der bei jeder Kontrollvermahnung über den inneren Feind angeklagt wurde und auf Befehl auf Vater und Mutter schiessen mußte. Mit dem einträglichen Vertrag konnten die Regierten durch die Märsche der Dienstpflicht kaum hindurchschlüpfen und der Anstich des Gemeinen von der Offiziersaufbahn, die Bildung einer besonderen Offizierskaste als Staat im Staate mit besonderer Ehr- und Rechtsbegriffen, das alles hatte schon im Frieden dem Volksherr den Todesstoß verleiht. Als dann die Sozialdemokratie in die Parlamente einbringen konnte, gelang es im Laufe der Jahre die größten Soldatenmishandlungen auszumergen. Gebürtlich und geschändet wurden die Soldaten jedoch trotzdem mehr als genug und der Kaiserliche Heeres ein Menschenfresser weniger galt als ein Pferd, das schmerzen zu ertragen war. Bei dieser Gelegenheit ist es nicht ohne Reiz, daran zu erinnern, daß unsere Partei in Friedenszeiten immer wieder das Militärische verurteilt hat.

Sechsmonatliche Dienstzeit und Ausbildung aller Wehrfähigen, also auch der Ersatzreserve. Das ging jedoch das Kriegserregnis, verließ wider den heiligen Geist des Präzidentenregimes und des Parlamentarismus. Im Krieg aber drückte man schon dem neunzehnjährigen den Schießprügel in die Hand und schickte die fünfmonatsfähigen nach fünf Wochen ins Feuer. Das offizielle Ende des deutschen Militarismus ist das unruhigste gewesen, was die Geschichte erlebt hat. Der Glanz und der Ruhm aber, den ihm der deutsche nationale Reichstagsabgeordnete General Galmich von der Reichstagsströmung nachsehen wollte, gebührt den Millionen der Namenlosen, die vier Jahre lang in Not und Entbehrung, in Drangsal undummer einer übermächtigen Armee die Stirne geboten haben, und wenn wir unsere toten Brüder in den Waffengräbern ehren wollen, müssen wir den Lebenden Schutz und Schirm sein vor kapitalistischer Ausbeutung und militaristischer Ansehlichkeit. Mühsen für die Lebenden kämpfen, das ist nicht, was man annehmen darf, werden, mag auch die gegenwärtige Weltlage ein Gohn an den Völkern und auf die Wehrpflicht sein. Deutschland muß stolz sein, als erstes Land die Waffen niedergelegt zu haben und es wird die heilige Aufgabe unserer Partei sein, im Verein mit den Arbeitern aller Länder den Völkern die herbeizuführen, der jeden offenen oder verdeckten Militarismus im Osten und Westen Europas wie auf der ganzen Erde zerstört.

## Waffenkundgebungen für den Völkerrfrieden.

**Demonstrationen der Kriegsinvaliden.**  
Berlin, 1. August. Die heutige Demonstration im Volkspark verlief vollkommen ruhig. Ein Zug mit Kriegsinvaliden wurde vor dem Brandenburger Tor aufgestellt (Bannkreuz). Die Schilder, welche die Füge mit sich führten, sprachen sich sämtlich für Abschaffung der Krieges aus. Im Volkspark war die Ansammlung so stark, daß der Verkehr behindert wurde. Verletzungen des Bannkreuzes sind nicht vorgekommen, auch sonst wurde die Ruhe nicht gestört.

**Marienwerder, 1. August.** Heute, am Jahrestage des Ausbruches des Krieges, fand nachmittags hier vor dem Gebäude der internationalen Kommission eine Waffenkundgebung gegen den Krieg und für den Völkerrfrieden statt. Eine einstimmig angenommene Entschließung protestierte gegen die Vorkriegsstände, das Volk auf neue in einen sogenannten Vorkriegskrieg zu treiben und verlangt von der Reichsregierung die strikte Durchführung der Neutralität im Kriege zwischen Rußland und Polen. Die Entschließung wurde dem Reichskanzler telegraphisch übermittelt. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfall.

**Ein Ultimatum Rumäniens an Rußland.**  
Belgrad, 1. August. (Südamerikanische Pressebüro.) Die rumänische Regierung hat an Rußland eine Note in Form eines Ultimatus mit der Aufforderung gerichtet, die russischen Truppen aus Bessarabien sofort zurückzuführen. Der Sowjetregierung wurde eine dreitägige Frist gestellt. Wie verlautet, wird Rumänien die Mobilisierung anordnen.

**Seitfret im Ruhrgebiet.**  
Paris, 1. Juli. Auf der Joch Kaiser Friedrichs, die zur Deutsch-Französischer Kameradschaft, die eines Sinnes Konzern gehört und eine Belegschaft von 18.000 Mann aufweist, ist ein Streik ausprobiert. Er richtet sich gegen die in Berlin vereinbarten Richtlinien, die die Direktion zur Durchführung bringen will. Es ist möglich, daß auch die benachbarten Zechen desselben Konzerns in den Streik treten werden. Verhandlungen vor dem Reichskommissar sind eingeleitet.

## Eröffnung des Internationalen Sozialistengongresses.

Genf, 31. Juli. (WZ.) In der Eröffnungsansprache auf dem internationalen Sozialistengongresse sagte der Präsident Shaw weiter, zur Bewirkung der sozialdemokratischen Ziele müsse er die russische Revolution unterstützen. Die zweite Internationalen dieses Art aber nicht als ein Sowjetland betrachten. Die Weltmächte hätten ihre Haltung gegenüber Sowjetland bereits wesentlich geändert, wobei der Bolschewik ein

großes Verdienst zuzumane. Der zu erwartende Abschluß des Friedens mit Rußland werde auch den arbeitenden Klassen aller Länder zugute kommen. Der Redner kam jedoch auf den russisch-polnischen Krieg zu sprechen und drückte dabei die Besorgnis aus, daß der polnische Konflikt eine Folge von Misshandlungen zwischen Polen und dem ukrainischen Diktator Petljura war, auf Grund deren Polen ukrainisches Gebiet in Besitz nehmen konnte. Der Präsident berichtete jedoch die sogenannte Verantwortlichkeitsfrage und drückte entschieden die Meinung aus, daß die Schuldfrage nicht zum Gegenstand eines Zwistes auf dem sozialistischen Kongresse gemacht werden dürfe. Er schloß ebenfalls dem Kongress vor, daß die Parteien, die sich für den Verantwortungsträger interessieren, Vorlesungen einbringen möchten und daß dann darüber einmütig abgestimmt würde. Der Redner verbeistete sich über die Frage der Diktatur oder der Demokratie und sprach sich mit aller Entschiedenheit dahin aus, daß der Sozialismus auf dem Wege der Demokratie der Bewirkung entgegensteht werden müsse. Sodann teilte der Generalsekretär Shaw dem Kongress mit, daß der Kongress am nächsten Donnerstag baute. Nach seiner Meinung dürfe der Kongress nicht auseinandergehen, bevor er den Bericht der britischen Kommission, die in Rußland war und von der zwei Mitglieder, der Briten Shaw und Frau Snowden, amwesend seien, anhörte. Sodann teilte er mit, daß er als Generalsekretär zurücktreten gedenke und die Verlegung des Generalsekretariats nach London empfehle. Die englische Partei eigne sich darüber zur Übernehmung des Sekretariats, weil sie heute eine der stärksten Parteien darstelle.

Der Generalsekretär Sunmans eröffnete vormittags 11 Uhr den Internationalen Sozialistengongresse in Genf. An Stelle des infolge Erkrankung am Morgen verhinderten Arthur Henderson und des durch dienliche Geschäfte zurückgebliebenen schwedischen Ministerpräsidenten Branding empfing das Bureau dem Kongress den englischen Delegierten Shaw zum Vorsitzenden und den holländischen Delegierten Willegen zum Vizepräsidenten zu wählen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Shaw nahm hierauf das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er die Hoffnung ausdrückte, daß die Arbeit des Kongresses zu einem einmütigen positiven Ergebnis führen möchte. Er schloß die trostlose Lage der vertriebenen Staaten Europas und erwiderte bezüglich der Arbeit, die er als Vorsitzender des Kongresses zu tun habe, die Delegation zurückzuführen, daß in dem Gebiete der Sowjetrepublik die Bevölkerung kaum die Hälfte der ihr normalerweise ansonsten Ernährung erhalte. Shaw kam auf die in der Internationalen eingetretenen Gegenstände zu sprechen und erklärte, daß die Internationalen den Gedanken aufgeben müsse, ein einheitliches für alle gültiges Arbeitsprogramm in allen Ländern durchzuführen. Jedes Land müsse seinen eigenen Frieden bewahren und der Bewirkung des sozialen Friedens entgegenarbeiten. Er erklärte, daß die Internationalen auf ihrem Wiederaufbau freizette, wobei sie sich auf gewisse Hauptpunkte beschränken müsse, da noch niemals eine Einigung aller Gruppen erzielt werden könnte. Die Angelegenheit könne aber erst entschieden werden, wenn der soeben eingetroffene Brief von Arthur Henderson, der sich auf diese Frage bezieht, bekannt geworden sei. Dieser Brief müsse, da die französischen Delegierten die Resolutionen nicht ablehnen, die Frage der Verantwortlichkeit mit aller Freiheit zu diskutieren, da gerade diese Frage im Interesse der Parteieinheit klar entschieden werden müsse. Der Präsident empfahl, die Frage der Verantwortlichkeit allein zu verhandeln, wenn der Bericht der dafür eingeleiteten Kommission vorliegt. Abgeordneter Dr. Brown (Deutschland) erklärte, daß die Deutschen es sehr wohl beifügen, daß die Verantwortlichkeit nicht heiligt werden sollten, aber die Deutschen seien der Meinung, daß es sehr schwierig sei, die Verantwortlichkeit auf Wehrkräfte festzustellen, da die Deutschen die einzigen seien, die die Waffen bisher vollständig vertrieben hätten. Namentlich sei eine Diskussion der Schuldfrage. Eine Debatte über die Angelegenheit erfordere den Deutschen für die Gestaltung der Zukunft des Proletariats erforderlich. Der Generalsekretär Sunmans teilte mit, daß der Kongress auf Wunsch verschiedener französischer und belgischer Delegierter eine Resolution zur Ehre von Jaurès beschließen solle. Wenn er noch am Leben wäre, so wäre er sicherlich heute zugegen. Sicherlich würde er für die Bewirkung des Sozialismus durch die Demokratie eintreten. Die Verammelten erhoben sich zu Ehren Jaurès. Sunmans erinnerte den Kongress daran, daß morgen die Schweiz ihren nationalen Feiertag feiere. Er sprach dem schweizerische, das aus eigener Kraft sich seine Freiheit geschaffen habe, die Sympathie des Kongresses aus. Die Resolution wurde 12 1/2 Uhr mittags geschlossen.

## Zur Kriegsschuldfrage.

Genf, 1. Aug. Die Kommission für die Verantwortungfrage des internationalen Sozialistengongresses nahm unter Vorbehalt der Zustimmung der deutschen Delegation, die noch nicht vollständig in Genf erschienen ist, einstimmig eine Resolution zur Kriegsschuldfrage an, in der es heißt: Der Kongress erneuert die Erklärung der affizierten Sozialisten vom Jahre 1915, daß das Kapitalistische System durch die Wehrleistungen seiner Interessentpolitik und seiner Raffast eine der tiefsten Ursachen des Krieges ist und erklärt gleichzeitig mit denselben Ausdrücken, wie die deutsche Demofratik. „Dah sein unabhängig in Genf heutzutage, wenn auch nicht qualitativ, bei der mit Verantwortlichkeit geführten Genfenschaft der sehr gefährlichen deutschen Wehrkräfte.“ Der Kongress bekräftigt seinen festen Willen, alle seine Kräfte der Wiederverherrlichung der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und nun an zu kämpfen gegen die kriegerischen Mächte im Geiste und im Dienste der Internationalen. Den Verhandlungen der Kommission mögen die deutschen Sozialisten die Resolution zur Ehre von Jaurès beifügen. Die Resolution soll am Montag in einer Sitzung des Kongresses zur Verhandlung kommen. Für die Frage der Verantwortung hat die Kommission eine Resolution angenommen.





